

Gelebtes europäisches Miteinander

Warum die EU das Programm »Europa für Bürgerinnen und Bürger« adäquat fortführen muss

von Doris Pack, MdEP

Was sind der Europäischen Union Bürgerbegegnungen und Städtepartnerschaften, die Stärkung von Partizipation und zivilgesellschaftlichem Engagement oder auch die europäische Erinnerungskultur wert? Zumindest für zwei der drei an EU-Gesetzgebung beteiligten Institutionen scheint zu gelten: nicht allzu viel.

Denn dem Programm »Europa für Bürgerinnen und Bürger«, das unter anderem die oben genannten Bereiche fördert, drohen für die Förderperiode 2014 bis 2020 Kürzungen um fast ein Viertel.

Überproportionale Kürzung

Wohlgermerkt: Wir sprechen von einem Programm, das trotz seiner Bedeutung für viele Bürger, Kommunen und Organisationen schon heute mit einem vergleichsweise sehr geringen Budget auskommen muss. Nur ein (zu) geringer Anteil der eingereichten Förderanträge kann überhaupt bewilligt werden.

Bei der Aufstellung und Ausstattung des neuen, im kommenden Jahr startenden Programms geht es um mehr als routiniertes, politisches Gezerre um ein bisschen mehr oder weniger Geld. Die Frage lautet: Welches Signal senden wir an all die engagierten, begeisterungsfähigen und ehrenamtlich tätigen Europäer, die die Möglichkeiten dieses Programms nutzen möchten?

Wir beobachten derzeit, welche fatalen Auswirkungen es hat, dass die Staats- und Regierungschefs, obwohl formal überhaupt nicht an der Aufstellung des EU-Haushalts beteiligt, die Vorschläge der Kommission zum Mehrjährigen Finanzrahmen (MFF) medienwirksam zusammengestrichen haben. Dass die Kommission daraufhin ausgerechnet bei diesem ohnehin schon kleinen Programm überproportional den Rotstift angesetzt hat, macht die Sache noch schlimmer.

Der ursprüngliche Vorschlag der EU-Kommission hatte bereits ein Minus von fünf Prozent im Vergleich zum auslaufenden Programm vorgesehen. Nach dem Gipfel des Europäischen Rates schlug sie dann eine Reduzierung um über 23 Prozent vor – und dies ausgerechnet im Jahr 2013, dem »Europäischen Jahr der Bürgerinnen und Bürger«.

Dieser Schritt spiegelt aber auch eine gewisse Grundhaltung wider:

Schon in der Vergangenheit hat das EU-Parlament die Kommission immer wieder von der Bedeutung des Programms überzeugen und insbesondere auf die weitere Förderung auch kleinerer Projekte drängen müssen.

Diese stand im laufenden Gesetzgebungsverfahren erneut zur Disposition. Denn die Kommission scheut den verglichen mit den geringen Fördersummen hohen Verwaltungsaufwand. Das Parlament hat an dieser Stelle erfolgreich interveniert, da gerade viele dieser kleineren Projekte einen hohen europäischen Mehrwert aufweisen.

Außerdem hatte die Kommission in ihrem Gesetzesvorschlag vorgesehen, einen nicht unwesentlichen Teil des Budgets für eigene Kommunikationsaktivitäten nutzen zu können, obwohl sie für diese Zwecke bereits über einen üppig ausgestatteten Haushalt verfügt.

Auch dieses Ansinnen hat das Europäische Parlament in den Verhandlungen verhindert. Was die finanzielle Gesamtausstattung angeht, ist es nun aber auf die Mithilfe des Rates angewiesen. Ob aber tatsächlich Unterstützung seitens der Mitgliedstaaten zu erwarten



Doris Pack, MdEP, Vorsitzende des EP-Kulturausschusses, Foto: Europäisches Parlament

ist, erscheint ungewiss, denn sie selbst waren ja indirekt dafür verantwortlich, dass sich die Kommission zu weiteren Kürzungsvorschlägen im Rahmenhaushalt veranlasst sah.

Wie geht es nun weiter?

Noch immer stocken die Verhandlungen über den Mehrjährigen Finanzrahmen, obwohl das Parlament schon seit langem handlungswillig und -fähig ist. Jeder Fachausschuss hatte bereits Gelegenheit, seine Prioritäten intern zu benennen. Im Namen des Kulturausschusses habe ich unmissverständlich deutlich gemacht, dass wir in unserem Arbeitsbereich vor allem die unverhältnismäßigen Kürzungen beim Programm »Europa für Bürgerinnen und Bürger« scharf kritisieren.

Während die Verhandlungsführer des Parlaments also alarmiert sind, werden hoffentlich auch die Vertreter der Mitgliedstaaten noch rechtzeitig darauf aufmerksam (gemacht), wie wichtig dieses Programm ist.

Für viele Europäer sind Bürgerbegegnungen aller Art eine besondere Gelegenheit, mit Menschen aus anderen Ländern zusammenzukommen, was gerade in diesen (Krisen-) Zeiten wichtiger ist denn je. Zum Ansehen der europäischen Integration können die geförderten Maßnahmen, Initiativen und Projekte mehr beitragen als bunte Broschüren und teure Informationskampagnen! »Europa für Bürgerinnen und Bürger« liefert unzählige Beispiele für gelebtes europäisches Miteinander.

Zumindest die EU-Parlamentarier haben dies auch verstanden.

»Aktive Bürgerinnen und Bürger für Europa«

Die Europäische Union fördert kommunale Partnerschaften in Europa.

Broschüren stellen geförderte Projekte vor

Die Kontaktstelle Deutschland »Europa für Bürgerinnen und Bürger« bei der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V. bietet drei Broschüren an, die geförderte Projekte aus den Bereichen kommunale Partnerschaften, zivilgesellschaftliche Initiativen und Erinnerungsarbeit vorstellen. Die Broschüren werden kostenlos versandt (Bestellung an info@kontaktstelle-efbb.de).

KSP-efbb